Belehrungen brauchen wir nicht

Autor(en): **Hubacher, Helmut**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

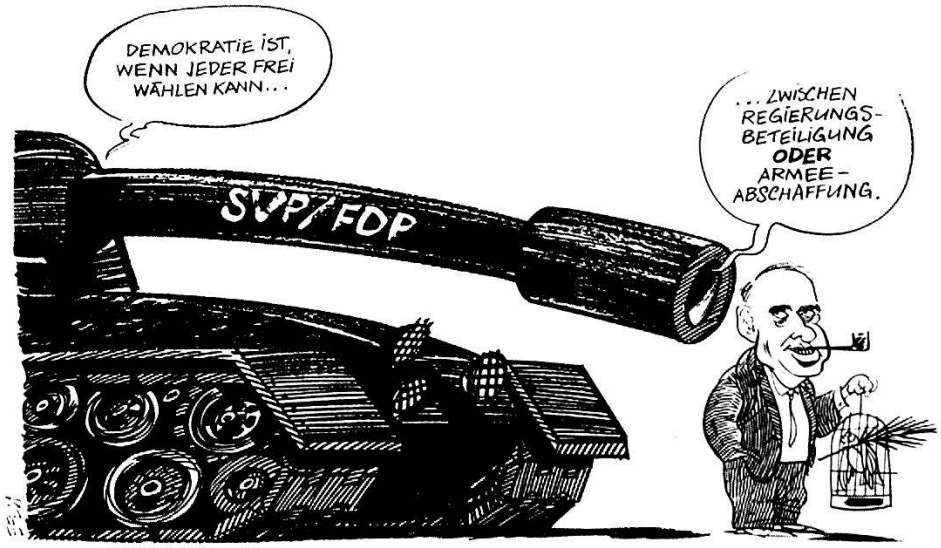
http://www.e-periodica.ch

Belehrungen brauchen wir nicht

Von Helmut Hubacher, Präsident SPS

Der SPS-Parteitag zum Thema Schweiz ohne Armee demonstrierte hohe politische Schule. Mit 970 stimmberechtigten Delegierten aus vielen hundert Sektionen, aus der Fraktion und aus den Parteigremien ergibt sich eine starke Repräsentativität, wie sie bei keiner anderen schweizerischen Partei auch nur annähernd riskiert wird. Die fünfeinhalbstündige Diskussion darf als gelungen, darf als fair und offen, darf als demokratisch und argumentativ vielseitig bezeichnet werden. Dass in der Eventualabstimmung die Initiative mit 641 Ja gegen 259 Nein obsiegte, ist ein deutliches Veto gegen die offizielle Militärpolitik der letzten Jahrzehnte. Mit der Schlussabstimmung, 583 für Stimmfreigabe und 370 für ein Ja, hat eine deutliche Mehrheit ihre politische Fähigkeit manifestiert, die innerparteiliche Minderheit zu respektieren. Die Mehrheit hat darauf verzichtet, in einer umstrittenen und für viele wichtigen Gewissensfrage ein Meinungsmonopol durchzusetzen. Die Stimmfreigabe ist daher ein starkes Bekenntnis zur Demokratie. Wer daraus eine schwache Parole konstruieren will, geht davon aus, grosse Volksparteien müssten ihr Meinungsdiktat plakatieren.

Dass der Beschluss des SPS-Parteitages bei der bürgerlichen Konkurrenz keinen Beifall auslöst, war voraussehbar (siehe Presse-Spiegel auf Seite 24). Es sei gestanden: Wir haben uns auch nicht danach ausgerichtet. Wenn nun aber der neue FDP-Parteipräsident Franz Steinegger sich berufen fühlt, eine Art Ehrengericht einzusetzen, das heisst unter den Bundesratsparteien die Bonität der SPS punkto Sicherheits- und Aussenpolitik besprechen zu müssen, um allenfalls die Angeklagte entweder zu verurteilen oder mangels genügender Beweise gnädigst von Strafe und Ausschluss aus der Regierung freizusprechen, markiert er damit nur noch hilflose Arroganz. Soviel verbale Stärke verrät eine bedenkliche demokratische Schwäche. Demokratie ist offenbar nur dann genehm, wenn es keine abweichenden Meinungen gibt. Nach dieser Denkweise hätte die SPS in der Armeefrage haargenau gleich entscheiden müssen wie die bürgerlichen Parteien. Das ist im Zeitalter, wo die europäischen kommunistischen Staatsparteien ihr Meinungsmonopol lockern oder gar aufgeben müssen, besonders pikant. Effektiv praktiziert der FDP-Präsident mit der Doktrin, die vier Bundesratsparteien hätten als «Helvetische Einheitspartei» zu operieren, «bürgerlichen Stalinismus». Mit diesem Demokratiedefizit muss die FDP leben. Es ist nicht unser Problem.



Mit dem Votum des SPS-Parteitages wird das nötig gewordene Umdenken signalisiert. Dass eine FDP, die bis heute nicht einmal imstande war, den Zivildienst zu bejahen und die damit hinter die DDR oder hinter Ungarn zurückgefallen ist, ihre Unfähigkeit zum Umdenken blosslegt und das Manko mit Borniertheit der SPS gegenüber zudeckt, ist wiederum ihr Problem. Diese Partei wird aber nicht darum herumkommen, sich gelegentlich vom kalten Krieg zu verabschieden.

Der SPS-Parteitag hat seinen Entscheid mit hohem Verantwortungsgefühl und mit viel politischer Klugheit gefällt. Belehrungen von rechts, wie sich diese Partei angeblich hätte entscheiden sollen, werden diskussionslos refüsiert.